

Diktat des Schuldenabbaus provoziert Widerstand

Am 5. Juni werden die Portugiesen zur Wahl eines neuen Parlaments aufgerufen.

Doch tatsächlich gibt es für sie keine Wahlentscheidung zwischen unterschiedlichen politischen Orientierungen und Programmen.

Alle großen Parteien Portugals haben sich gegenüber der EU, dem IWF und der EZB verpflichtet, im Gegenzug zur Gewährung des Hilfspakets von 78 Milliarden Euro, Sparmaßnahmen und Strukturformen von bisher noch nicht dagewesener Grausamkeit zum Schuldenabbau umzusetzen. D.h. unabhängig vom Wahlausgang steht das Programm der neuen Regierung schon fest: die Umsetzung dieses Diktats der „Troika“ von EU, IWF und EZB, der eigentlichen Regierungsgewalt.

Das ist eine Verhöhnung der Souveränität des Volkes, des Willens der Arbeiterschaft und der großen Mehrheit des Volkes, der sich in machtvollen Mobilisierungen gegen das Diktat der Antireformmaßnahmen, die der „sozialistische“ Regierungspräsident Sócrates durch das Parlament durchpeitschen wollte, ausgedrückt hat. So wie in der Weigerung des Gewerkschaftsbundes, einen Sozialpakt für das Troika-Diktat zu unterzeichnen, – was schließlich zum Sturz von Sócrates geführt hat.

Auch für Griechenland will die Troika nach den bisher schon von Papandreu in Angriff genommenen „Schockprogrammen“ eine noch radikalere Privatisierungs- und Sparpolitik erzwingen. Sie legen die Daumenschrauben an bei einem „verzweifelten Regierungschef“ (Rheinische Post), der angesichts der „wütenden Proteste seiner Bürger“ und der sinkenden Chancen zur Wiederwahl die geplante Privatisierung bisher nicht ausreichend umgesetzt habe.

Das Geheimtreffen der Finanzminister Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und Italiens, sowie des Präsidenten der Euro-Finanzminister Juncker, des EU-Wirtschafts- und Währungskommissars Rehn und des EZB-Präsidenten Trichet mit dem griechischen Finanzminister hatte zum Ziel, den Druck auf die Regierung Papandreu zu erhöhen: Die griechische Regierung soll die Massen noch mehr bluten lassen, selbst auf die Gefahr, eine soziale Explosion zu riskieren. Die beiden Gewerkschaftsverbände GSEE und ADEDY haben unter dem Druck der Ablehnung der Arbeiterschaft zum Generalstreik am 11. Mai aufgerufen.

Die Mission der Troika für alle europäischen Länder, auch für Deutschland, heißt: Milliarden für die Banken und Spekulanten, mit der Folge der weiteren Verschuldung der öffentlichen Haushalte – bei gleichzeitigem Diktat des Schuldenabbaus durch den sozialen Kahlschlag gegen die Völker.

Gewiss, Deutschland ist weder Griechen-

land noch Portugal. Aber die Parteien, die großen bürgerlichen Parteien, als auch die SPD, die Grünen und die Linkspartei unterwerfen sich unisono dem „alternativlosen“ Diktat des Schuldenabbaus; auch in der Form, aus der Opposition heraus die Merkel-Regierung oder im Falle der Linkspartei eine SPD-Grüne-Landesregierung „kritisch tolerierend“ zu begleiten

Mit der Entscheidung der Regierung Merkel für weitere – von Deutschland durch erneute Ankurbelung der Staatsverschuldung aufzubringende – 190 Mrd. Euro Garantien und Barzahlung für die Euro-/Bankenrettung ist gleichzeitig die Entscheidung verbunden, die Politik des strikten Schuldenabbaus, d.h. der Abwälzung der Kosten der „Krise“ auf die Massen noch zu verschärfen. Wofür zunehmend der Hebel der Schuldenbremse genutzt wird.

Alle Landesregierungen sollen sich einem strikten Sparkurs unterwerfen

Dieses Schuldenabbaudiktat herrscht sich zur Zeit in schärfster Form den Bundesländern (und damit den Kommunen) auf, und verlangt von allen Landesregierungen – egal welcher politischen Couleur –, sich auf einen rigiden Sparkurs/Haushaltskonsolidierung zu verpflichten. Die ArbeitnehmerInnen wollen, dass endlich Schluss ist mit dieser Politik, doch sie können in den Wahlen keine Perspektive für einen politischen Wechsel finden.

In Nordrhein-Westfalen betragen 2010 die Schulden des Landeshaushalts 130 Mrd. Euro, für die 4,6 Mrd. Euro 2010 in die Kassen des Finanzkapitals geflossen sind.

Die schwarz-gelbe Regierung in NRW, die im Namen des Schuldenabbaus für diese Bereicherung der Banken die Bevölkerung mit weiterer sozialer Demontage und Verfall der öffentlichen und sozialen Infrastruktur die Rechnung bezahlen ließ, wurde von der Wählerwut in einer historisch einmaligen Niederlage hinweggefegt. Die Stimmentweigerung der sozialdemokratischen Arbeitnehmerwähler richtete sich aber ebenso gegen die SPD, die diese Politik immer begleitet hat. Allein die vernichtende Niederlage von CDU und FDP hat die Bildung einer SPD-geführten Regierung ermöglicht, die ihrerseits umgehend die Verpflichtung auf den Schuldenabbau, die Haushaltskonsolidierung zu ihrem Gebot gemacht hat.

In Rheinland-Pfalz hatte die SPD-Alleinregierung unter Ministerpräsident Kurt Beck schon im Dezember 2010 mit CDU und FDP die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen. Die Wähler quittierten diese „Konsolidierungs“politik mit einer klaren Stimmentweigerung für die SPD (sie verlor 9,9%). Ihr historisch

schlechtestes Ergebnis verbuchte die SPD in Baden-Württemberg, wo ihr Spitzenkandidat Schmid offensiv für die „Schuldenbremse“ als „unsere Errungenschaft“ eintrat. Die SPD verdankt ihren Platz als Juniorpartner (!) der Grünen in der Regierung allein dem Absturz der CDU.

Berlin erstickt im Würgegriff der über 60 Mrd. Euro Schulden und der mehr als 2,5 Milliarden Euro jährlichen Schuldzinszahlung in die Kassen der Banken und Spekulanten. Der SPD-Linke-Senat hat die Spar-Schraubzwingen angesetzt bei Krankenhäusern, Schulen, Öffentlichem Nahverkehr...; die Privatisierung von Wasser, Wohnungen, Bildung, Gesundheitsversorgung hat die Verarmung des öffentlichen Haushalts vorangetrieben. Am 15. April hat der rot-rote Senat einen „Konsolidierungsvertrag“ mit der Regierung Merkel vereinbart, mit der sich der Senat zur „Schuldenbremse“ verpflichtet – eine Erpressung im Dienste des Finanzkapitals und der EU, der Merkel alle „hochverschuldeten“ Bundesländer unterwirft. Damit gibt es „keine Alternative zum knallharten Konsolidierungskurs“ (Berliner Finanzsenator Nußbaum), zu weiterem Stellenabbau und Überprüfung der Sozialausgaben.

Diese Schulden sind nicht die des Volkes! Die Streichung der Schulden und der Schuldzinszahlung, das ist auf Bundesebene wie in den Bundesländern und für die Kommunen zu einer Überlebensfrage geworden.

Wie lange noch kann es dauern und ist es nicht unausweichlich, dass sich die ArbeitnehmerInnen auch in Deutschland mobilisieren und darauf drängen, ihre Gewerkschaften als Instrumente zur Organisation des vereinten Widerstandskampfs einzusetzen, wie ihn heute schon Sócrates und Papandreu in Portugal und Griechenland erleben?

Warnsignale: Kämpfe und Streiks

Der Streik der Beschäftigten der Berliner Charité, einer der größten Universitätskliniken in Europa; die von der GEW organisierten Demonstrationen der Lehrer- Eltern - Schüler- in Berlin und auch anderen Städten; der Kampf der Beamten in Hamburg gegen das „gnadenlose“ Sparpaket der SPD-Regierung unter Scholz; die Streiks (auch der verbeamteten) Lehrer, mit denen die Beamten ihr Recht auf gewerkschaftlichen Kampf und Streik einfordern; die Streiks der Lokführer, Redakteure und Drucker, sowie die der KollegenInnen verschiedener Gewerkschaften für die Erhöhung des Reallohns und für die Verteidigung/Widerherstellung einheitlicher Tarifverträge sind Warnsignale an alle Landesregierungen und die Bundesregierung. Carla Boulboulé